

# Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 23. April 1997

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Lengsfeld, Vera (CDU/CSU)	15, 16
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	19	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	1, 7
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Neumann, Volker (Bramsche) (SPD)	32, 33
Conradi, Peter (SPD)	12, 13	Nitsch, Egbert (Rendsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Erlor, Gernot (SPD)	37, 38	Reschke, Otto (SPD)	4, 5
Ferner, Elke (SPD)	20, 21	Dr. Rössel, Uwe-Jens (PDS)	17, 18
Hagemann, Klaus (SPD)	2	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	28, 29
Hilsberg, Stephan (SPD)	39, 40	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	35, 36	Wallow, Hans (SPD)	3, 34
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	30, 31	Zierer, Benno (CDU/CSU)	6, 14
Kubatschka, Horst (SPD)	26, 27		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes . . . . .	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

1. Abgeordnete  
**Dr. Elke  
Leonhard**  
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die unübersehbare Diskrepanz zwischen dem im Regierungsentwurf zur Neuregelung des Strafvollzugrechtes zum Ausdruck kommenden Willen zu einer erweiterten Anwendung des Instrumentes der (Zwangs-)Therapie für Sexualstraftäter und der unzulänglichen – weniger als 900 Haftplätze in Sozialtherapeutischen Anstalten stehen mehr als 2600 wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern oder Vergewaltigung inhaftierten Tätern gegenüber, anstelle der dringend erforderlichen mindestens 120 Sachverständigen stehen gegenwärtig lediglich 40 zur Verfügung – und für eine sinnvolle Therapie ungenügenden Ausstattung der einschlägigen Einrichtungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

2. Abgeordneter  
**Klaus  
Hagemann**  
(SPD)

Inwieweit treffen Pressemeldungen in der Wormser Zeitung vom 15. April 1997 zu, wonach Berufsbildungswerke aufgrund der noch nicht ausreichend zur Verfügung gestellten Mittel durch die Bundesanstalt für Arbeit den Rechtsanspruch für Behinderte bzw. Lernbehinderte auf Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation nur für eine geringe Zahl von Jugendlichen Plätze zur Verfügung stellen können, obwohl genügend Bewerbungen vorliegen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um zu gewährleisten, daß die Arbeitsämter den lernbehinderten Jugendlichen für das Ausbildungsjahr 1997/98 die Aufnahme in Berufsbildungswerke wieder verbindlich gewähren können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

3. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten von Beauftragten des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz, die Vorgesetzte des Personalratsvorsitzenden des

Rechenzentrums der Bundeswehr in Wahn um Mitteilung gebeten haben, ob dieser während der Arbeitszeit Unterschriften unter eine Petition gesammelt habe, und mit welcher Zielsetzung hat das BWB diese Erkundigung eingeholt?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter  
**Otto Reschke**  
(SPD)                      Wie groß wird die geplante Hauptnutzfläche des Schürmann-Baus nach seiner Fertigstellung im Jahre 2001 sein, und wie groß ist der Raumbedarf der deutschen Welle im Schürmann-Bau bei voll-digitalisiertem Sendebetrieb?
5. Abgeordneter  
**Otto Reschke**  
(SPD)                      Wie viele Quadratmeter Hauptnutzfläche gehen durch Rückbaumaßnahmen am Schürmann-Bau im Zuge der Ende April beginnenden Sanierung gegenüber der ursprünglichen Planung verloren, und ist geplant, im Rahmen des Weiterbaus weitere Gebäudeteile abzureißen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

6. Abgeordneter  
**Benno Zierer**  
(CDU/CSU)                      Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Rechtschreibreform auch durch die Streichung zahlreicher Wörter aus dem Wortschatz im Ergebnis zu schwerwiegenden Nachteilen führt, und welche Maßnahmen könnte die Bundesregierung unterstützen, um diese Reform zu Fall zu bringen?
7. Abgeordnete  
**Dr. Elke Leonhard**  
(SPD)                      Wie rechtfertigt die Bundesregierung die – im internationalen Vergleich wohl einzigartige – Abschiebung russischer Deserteure, die zuvor teilweise – wie im Falle des ehemaligen Luftwaffenoffiziers Alexander Rudenko – von westlichen Geheimdiensten nach militärischen Details ausgefragt wurden, was ihre rechtliche Stellung bei einer Rückkehr erheblich verschlechtert (s. Tagesthemen „Bericht aus Bonn“ vom 21. Februar 1997)?

8. Abgeordnete  
**Annelie  
Buntenbach**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Gruppierungen und Einzelpersonen rufen nach Kenntnis der Bundesregierung zu dem Aufmarsch unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ am 1. Mai 1997 in Leipzig auf, und wie bewertet die Bundesregierung den erneuten Versuch der rechtsextremen „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) einen Aufmarsch durchzuführen, mit dem nach Vorstellungen des JN-Vorsitzenden Holger Apfel der „Erfolg von München“ unterstrichen und ausgebaut werden soll, um nach einem weiteren Erfolg „Stück für Stück die Straße zurück“ zu erkämpfen, hinsichtlich seiner Verfassungsschutzrelevanz einer Gefährdung der inneren Sicherheit (zit. nach Presseinformation des „Bündnis gegen Rechts“, Leipzig, vom 24. März 1997)?
9. Abgeordnete  
**Annelie  
Buntenbach**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie die Rechtsextremen auf das Verbot durch die Stadt Leipzig hinsichtlich eines möglichen anderen Veranstaltungsortes oder einer Ignorierung bzw. Umgehung des Verbotes reagieren werden, und wie reagiert die Bundesregierung darauf politisch und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten?
10. Abgeordneter  
**Manfred  
Such**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, daß in der Türkei hergestellte oder verarbeitete Drogen unter Beteiligung dortiger staatlicher Stellen nach Westeuropa bzw. auch nach Deutschland exportiert werden (ARD Kontraste 18. April 1997), und inwieweit trifft es zu, daß vor einiger Zeit in Lübeck oder Rostock auf einem der NATO unterstellten türkischen Kriegsschiff mit Wissen der Marineführung verbrachtes Heroin in großer Menge festgestellt worden sein soll, daß deutsche Behörden daraufhin die sonst üblichen Verfahrensschritte unterlassen hätten und daß ein mit diesem Komplex befaßter, bei EUROPOL tätiger früherer verdeckter Ermittler im Herbst 1996 in Niedersachsen unter mysteriösen Umständen getötet wurde?
11. Abgeordneter  
**Manfred  
Such**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung über die in Bund und Ländern getroffenen Vorbereitungen für Sicherungsmaßnahmen vor befürchteten Gefährdungen durch Ausländer (sog. Gefährderprogramme) machen, insbesondere über die betroffenen Nationalitäten, die Zahl der in den entsprechenden Dateien beim Bundeskriminalamt je Betroffenen, die Voraussetzungen für die Auslösung der Programme, die Art der zu

treffenden Maßnahmen sowie über die bisherigen Anwendungsfälle, und welche Angaben kann die Bundesregierung konkret im Zusammenhang des anlässlich des „Mykonos“-Urteils ausgelösten Gefährderprogramms gegen Iraner über Zeitraum, Art und Betroffene der dabei ergriffenen Maßnahmen machen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

12. Abgeordneter  
**Peter Conradi**  
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Oberfinanzdirektion Berlin die in den letzten Tagen der DDR der Humboldt-Universität übereignete Friedrich-Engels-Kaserne wieder zurückgenommen, und aus welchem Grund hat die Oberfinanzdirektion Berlin die vorübergehende Nutzung des ehemaligen Außenministeriums der DDR durch die Humboldt-Universität verworfen?
13. Abgeordneter  
**Peter Conradi**  
(SPD)
- Welche bundeseigenen Gebäude im Umkreis von etwa 1 km um die Humboldt-Universität werden z. Z. nicht genutzt?
14. Abgeordneter  
**Benno Zierer**  
(CDU/CSU)
- Welche Planungen der Bundesregierung bestehen im Hinblick auf den Vorschlag der Subventionierung der Einstiegslohne für Langzeitarbeitslose?
15. Abgeordnete  
**Vera Lengsfeld**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Nettoertrag pro Hektar und Jahr, den das Bundesforstamt Mühlhausen auf dem Truppenübungsplatz Weberstedt erwirtschaftet, d. h. inklusive aller Kosten (wie beispielsweise Verwaltungs- und Personalkosten, Kosten für Wegebaumaßnahmen, etc.), und wie hat sich der Wert in den Jahren 1995 bis heute verändert?
16. Abgeordnete  
**Vera Lengsfeld**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der ehemalige Truppenübungsplatz Weberstedt, im Bundeseigentum mit schon bestehenden Naturschutzrestriktionen und vor dem Hintergrund, daß die Fläche ab dem 1. Januar 1998 Bestandteil des Nationalparks Hainich wird, noch freihändig veräußerbar ist?

17. Abgeordneter  
**Dr. Uwe-Jens  
Rössel**  
(PDS)
- Zu welchem Kaufpreis hatte die Deutsche Genossenschaftsbank (DG-Bank) Forderungen, Altkredite der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) betreffend, der DDR-Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft erworben, und wie hoch lagen zum Kauftermin derartige Forderungen?
18. Abgeordneter  
**Dr. Uwe-Jens  
Rössel**  
(PDS)
- Wie hat sich der Zinssatz für die Altschuldentilgung der LPG seit 1990 entwickelt?
19. Abgeordneter  
**Jürgen  
Augustinowitz**  
(CDU/CSU)
- Treffen Informationen zu, wonach das Bundesministerium der Finanzen Umstrukturierungen im Bereich der Oberfinanzdirektionen in Nordrhein-Westfalen plant, und wenn ja, wie sehen die geplanten Umstrukturierungen aus?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

20. Abgeordnete  
**Elke  
Ferner**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Pläne bestätigen, die Aufgaben der Magnetschwebbahn-Fahrweggesellschaft künftig von der Deutschen Bahn AG – entweder direkt oder in Form einer Tochterunternehmung der Deutschen Bahn AG – übernehmen zu lassen?
21. Abgeordnete  
**Elke  
Ferner**  
(SPD)
- Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von dieser Umstrukturierung der Magnetschwebbahn-Fahrweggesellschaft für den Bundeshaushalt einerseits und die Deutsche Bahn AG andererseits?
22. Abgeordnete  
**Gila  
Altmann  
(Aurich)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund wurde der Chartervertrag für den Hochseeschlepper ‚Oceanic‘ zum 30. April 1997 gekündigt, und auf welche Art und Weise gedenkt die Bundesregierung die Sicherheitslücke in der Deutschen Bucht zu schließen, die entsteht, wenn sowohl die Auswertung des von der Hamburger Schiffsbau-Versuchsanstalt und der Schiffsbau-Versuchsanstalt erstellten Gutachtens noch nicht abgeschlossen ist, wie auch eine einvernehmliche Abstimmung mit den Küstenländern sowie eine Unterrichtung des

Ausschusses für Verkehr des Deutschen Bundestages (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage „Sicherheit in der Deutschen Bucht“, Drucksache 13/7154) über das weitere Verfahren nicht mehr im April vorgenommen werden kann?

23. Abgeordnete  
**Gila**  
**Altmann**  
**(Aurich)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung mit dem Beschluß der Umweltministerkonferenz Nord vom 17. April 1997 umzugehen, wonach „mit Auslaufen des Chartervertrages über den Einsatz des einzigen Hochseeschleppers ‚Oceanic‘ in der Deutschen Bucht Ende April 1997 kein vergleichbarer Hochseebergeschlepper zur Verfügung steht“ und die „Mehrzweckschiffe des Bundes ‚Mellum‘, ‚Scharhörn‘ und auch die im Bau befindliche ‚Neuwerk‘ aufgrund ihrer Mehrzweckkonstruktion (. . .) nicht mit einem Hochseeschlepper vom Typ der ‚Oceanic‘ vergleichbar sind und nicht genug Kraft aufbringen, um einen Großtanker sicher bei Sturm zu halten“ und deshalb die Umweltministerkonferenz Nord den Bund bittet „jederzeit ausreichende Schleppkapazität vorzuhalten, die geeignet ist, alle in der Deutschen Bucht verkehrenden Schiffe auch bei Sturm zu halten, und die Vorsorgemaßnahmen für die Notschleppkapazität mit den Küstenländern abzustimmen“?

24. Abgeordneter  
**Egbert**  
**Nitsch**  
**(Rendsburg)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, in Schutzmaßnahmen – z. B. Lärmschutzmaßnahmen – zu investieren, nachdem der neu entstandene Transitverkehr aus/nach Dänemark, die Bahnstrecke Hamburg – Flensburg „von heute auf morgen“ angeblich um 30% stärker belasten wird, und hält die Bundesregierung die Deutsche Bahn AG für verpflichtet, Schutzmaßnahmen durchführen zu lassen?

25. Abgeordneter  
**Egbert**  
**Nitsch**  
**(Rendsburg)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Akzeptanz der Anwohnerinnen/Anwohner für den ökologisch sinnvollen und wichtigen Schienenverkehr in solchen Fällen zu erhalten und zu verstärken?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie**

26. Abgeordneter  
**Horst**  
**Kubatschka**  
(SPD)

Wie hat die Bundesregierung sichergestellt, daß bei der mit 10% vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten größten dachintegrierten Photo-

- voltaikanlage der Welt auf der Neuen Messe München die Fertigung der monokristallinen Siliziumzellen eines deutschen Herstellers in Deutschland und nicht im Ausland gewährleistet ist?
27. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Personalstellen für den geplanten Forschungsreaktor in Garching (FRM II) bereitzustellen, wie dies der Präsident der Technischen Universität München fordert?
28. Abgeordneter  
**Heinz Schmitt (Berg)**  
(SPD)
- Welche zahlenmäßige Entwicklung gibt es bei der Antragstellung auf Fördermaßnahmen nach dem Aufstiegsförderungsgesetz im Vergleich zu vorangegangenen Jahren (1995 bis 1997), und sind die im Haushalt bereitgestellten Mittel ausreichend, um eine Förderung aller Antragsteller zu gewährleisten?
29. Abgeordneter  
**Heinz Schmitt (Berg)**  
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Dauer des Antragsverfahrens für das „Meister-BAföG“, und gibt es eine Häufung nicht bearbeiteter Anträge, die auf eine ungenügende personelle, technische oder finanzielle Ausstattung zurückzuführen ist?

#### **Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

30. Abgeordneter  
**Jürgen Koppelin**  
(F.D.P.)
- Sind der Bundesregierung deutsche Staatsangehörige bekannt, die in Verträgen mit der EU-Kommission sich bereit erklärt haben, gegen Zahlung eines Honorars positiv für die geplante EURO-Währung in der Öffentlichkeit zu werben, und wenn ja, wer sind diese Personen?
31. Abgeordneter  
**Jürgen Koppelin**  
(F.D.P.)
- Hat die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission Personen benannt, die bereit wären, gegen Zahlung eines Honorars positiv für die geplante EURO-Währung öffentlich zu werben?
32. Abgeordneter  
**Volker Neumann (Bramsche)**  
(SPD)
- Handelt es sich bei den Filmkopien, die dem Bundeskanzler von Rußlands Präsidenten Boris Jelzin übergeben worden sind, auch um Material des einstigen Staatssicherheitsdienstes der DDR?

33. Abgeordneter  
**Volker  
Neumann  
(Bramsche)**  
(SPD)
- Wenn es sich um solches Material handelt, hat die Bundesregierung dieses dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR angezeigt bzw. herausgegeben?

### Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

34. Abgeordneter  
**Hans  
Wallow**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, daß die Mehrzahl der beteiligten Organisationen sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ihren Sitz nicht nach Berlin verlegen wollen bzw. werden, Überlegungen, den „Koordinierungsausschuß Humanitäre Hilfe“ langfristig in Bonn zu belassen, und wie lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung kurzfristig angelegte humanitäre Hilfsaktionen und längerfristige Entwicklungszusammenarbeit besser als bislang abstimmen?
35. Abgeordneter  
**Dr. Egon  
Jüttner**  
(CDU/CSU)
- Ab welchem Zeitpunkt sind die ersten Finanzmittel aus dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik vereinbarten Zukunftsfonds verfügbar?
36. Abgeordneter  
**Dr. Egon  
Jüttner**  
(CDU/CSU)
- Liegt bereits eine Aufteilung der Finanzmittel des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik vereinbarten Zukunftsfonds auf einzelne Tätigkeitsbereiche, wie z. B. Jugendbegegnungen, Gesprächsforen, kulturelle Begegnungen, Erhaltung gemeinsamen Kulturerbes, Gründung und Ausbau von Partnerschaften zwischen kirchlichen und zivilen Gemeinden etc. vor, und ggf. welche Beträge sind für die jeweiligen Bereiche angesetzt?
37. Abgeordneter  
**Gernot  
Erlner**  
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung zur Behinderung und Verfolgung der politischen Opposition in Belarus seitens der Regierung von Präsident Lukaschenko?

38. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen der weißrussischen Opposition, daß es am 11. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1997 zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Regierung und Opposition kommen kann, und welche bilateralen und multilateralen Möglichkeiten zum Schutz der politischen Opposition in Belarus gibt es aus Sicht der Bundesregierung?
39. Abgeordneter  
**Stephan Hilsberg**  
(SPD)
- Was weiß die Bundesregierung über Praktiken bei der Vergabe von Einreisevisen nach Deutschland für russische Staatsbürger, die in Rußland über Beauftragte abgewickelt werden, u. a. den Verein „W.“, bei denen die Situation der Antragsteller dahin gehend ausgenutzt wird, daß von ihnen durch die Beauftragten zwingend ein Betrag eingefordert wird, der die von der Botschaft erhobenen Gebühren um ein vielfaches übersteigt?
40. Abgeordneter  
**Stephan Hilsberg**  
(SPD)
- Welches Verhältnis nimmt die Bundesregierung zu dem politischen Schaden ein, der für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in Rußland dadurch entsteht, daß sie den Verein „W.“ finanziell unterstützt, obwohl dieser Verein auf russische Visaantragsteller für eine Besuchsreise nach Deutschland, die auf die Vermittlungsdienste von „W.“ angewiesen sind, erheblichen finanziellen Druck ausübt?

Bonn, den 18. April 1997

